



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 13

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 13

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**  
Schriftleitung: **Bronberg, Belgienplatz 1 III**  
Fernruf Nr. 321

4. Juni 1919

Inhalt: Glossen — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Modalitäten der Abstimmung nach den Friedensbedingungen der Entente. Der polnische Anspruch auf Lauenburg und Bütow. Der Zusammenschluß der Ostmark — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Polnische Presse. 2. Ausländische Presse.

### Glossen zum Tage

Was verstehen die Polen unter Selbstbestimmungsrecht der Völker? Das Recht, selbst zu bestimmen, was aus den Völkern werden soll, die polnischer Chauvinismus für sich beansprucht.

Welches Land nennen die Polen unzweifelhaft polnisch? Alles Land, für das auch nur der kleinste Zweifel besteht, ob nicht unter der Bevölkerung etwa ein Pole ist.

Die Friedensbedingungen sind ein Kompromiß. Aber ein Kompromiß, der dadurch zustande gekommen ist, daß schließlich jeder in den Vertragstext das hineingeschrieben hat, was er von Deutschland haben will.

Die Entente weiß recht wohl, daß die Polen keine staatenbildenden Fähigkeiten haben, aber das ist es ja gerade, es soll eben in Europa keine lebenskräftigen Staaten mehr geben.

Warum soll Danzig eine freie Stadt werden? Weil bei Einbeziehung Danzigs selbst die Polen nicht bestreiten können, daß Westpreußen unzweifelhaft deutsch ist.

### Materialien zur ostdeutschen Frage

#### Die Modalitäten der Abstimmung nach den Friedensbedingungen der Entente

Nach Abschnitt 9 der Friedensforderungen der Entente sollen in großen Teilen Ostpreußens sowie in den Kreisen Stuhm und Rosenberg und in den östlich der Rogat gelegenen Teilen des Kreises Marienburg sowie des Kreises Marienwerder die Einwohner in einer Volksabstimmung ihrem Willen, ob sie zum deutschen Reich oder zu Polen gehören wollen, Ausdruck geben. Da es von

erheblichem Interesse ist zu wissen, wie sich die Entente die Vornahme einer solchen Abstimmung denkt, seien nachfolgend die wesentlichen Bestimmungen im Wortlaut abgedruckt.

Neunter Abschnitt.

Ostpreußen.

Artikel 94.

In der Zone zwischen der südlichen Grenze Ostpreußens, wie diese Grenze in dem Artikel 28 des Teiles II (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages festgesetzt ist, und der nachstehend beschriebenen Linie werden die Einwohner aufgefordert werden, durch Abstimmung zu bestimmen, welchem Staat sie angehören wollen:

West- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg; von dort die Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zu ihrem Schnittpunkt mit der alten Grenze Ostpreußens. . . . .

Artikel 95.

In einer Frist, die 14 Tage vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an gerechnet nicht überschreiten darf, werden die deutschen Truppen und Behörden aus der vorerwähnten Zone zurückgezogen. Bis die Räumung vollzogen ist, werden sie sich jeder Erhebung von Geld, Naturalien und jeder Maßnahme enthalten, die die materiellen Interessen des Landes beeinträchtigen könnte.

Nach Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone unter die Herrschaft einer internationalen Kommission von fünf Mitgliedern gestellt werden, die von den verbündeten und assoziierten Hauptmächten ernannt werden. Die Kommission wird eine Generalvollmacht zur Verwaltung besitzen und wird insbesondere beauftragt sein, die Abstimmung vorzubereiten und alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachten wird, um sie zu einer freien, ehrlichen und geheimen zu machen. Die Kommission wird auch jede nötige Vollmacht besitzen, um alle Fragen zu entscheiden, die aus der Ausführung der gegenwärtigen Klauseln entstehen können. Die Kommission wird alle zweckmäßigen Maßnahmen treffen, um sich bei der Ausübung ihrer Funktionen durch Beamte unterstützen zu lassen, die sie selbst aus der örtlichen Bevölkerung wählt. Ihre Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt.

Das Recht auf Abstimmung wird jeder Person gewährt, die ohne Unterschied des Geschlechts folgende Bedingungen erfüllt:

- a) bei Inkrafttreten dieses Vertrages 20 Jahre alt ist,
- b) in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist oder ihren Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt seit einem Datum hat, das die Kommission bestimmen wird.

Jeder wird in der Gemeinde wählen, wo er seinen Wohnsitz hat oder in der er geboren ist, wenn er nicht seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthaltsort in der genannten Zone hat.

Das Ergebnis der Abstimmung wird nach Gemeinden bestimmt werden gemäß der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde.

Bei Abschluß der Abstimmung wird die Zahl der Stimmen in jeder Gemeinde durch die Kommission den verbündeten und assoziierten Hauptmächten mitgeteilt werden zugleich mit einem detaillierten Bericht über den Hergang der Abstimmung und einem Vorschlag über die Linie, welche in diesem Gebiete als Grenze Ostpreußens unter Berücksichtigung des Willens der Einwohner, wie er durch die Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage angenommen werden sollte. Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden dann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend bestimmen.

Artikel 96 und 97 betrifft die Abstimmung in Teilen der Kreise Stuhm und Marienburg. Im wesentlichen sind die Bestimmungen mit den vorstehenden gleichlautend außer den folgenden Absätzen:

Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden in dieser Gegend die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen festsetzen, wobei sie Polen wenigstens voll und ganz die Kontrolle dieses Abschnittes der Weichsel einschließlich des östlichen Ufers überlassen, soweit dieses für die Regulierung und den Ausbau des Flusses notwendig wäre. Deutschland verpflichtet sich, daß keinerlei Befestigung zu irgendeiner Zeit in irgendeinem Teile des genannten Gebietes, soweit es deutsch bleibt, errichtet werde.

Die verbündeten und assoziierten Hauptmächte werden zu gleicher Zeit Bestimmungen treffen, welche der Bevölkerung Ostpreußens zum Besten ihrer Interessen unter billigen Bedingungen den Zutritt zur Weichsel und ihre Benutzung für sich, ihre Waren oder ihre Schiffe sichert.

Die Festlegung der Grenze und die vorstehenden Anordnungen werden für alle beteiligten Parteien bindend sein.

Eine nähere Betrachtung der Bedingungen zeigt, daß, wo die Volksabstimmung vorgesehen ist, die Art der Ausführung den Gedanken des Selbstbestimmungsrechts zu einer lächerlichen Farce werden läßt. Stimmberechtigt sind nach den Bedingungen nur Personen, die in dem betreffenden Gebiete entweder geboren sind, oder ihren Wohnsitz seit einem Zeitpunkt dort haben, der von einer interalliierten Kommission festzusetzen ist. Es ist das alte Lied, das wir von den Polen kennen. Das Deutschstum in den Ostmarken soll nur etwas aufgeprospertes sein, nur durch künstliche Zuwanderung, veranlaßt durch die Politik der deutschen Regierung dorthin gekommen sein. Nun ist an dieser Stelle schon oft in unzweifelhafter Weise dargetan worden, daß historisch gesehen diese Behauptung falsch ist. Sie liegt aber den Friedensbedingungen in einer Form zugrunde, die zwar der bewußt oder unbewußt oberflächlichen Art, in der die Entente auf die Polenforderungen eingegangen ist, ein klassisches Zeugnis ausstellt, die aber darum nicht weniger gefährlich ist. Die in Frage stehenden Gebiete sind seit Menschenaltern und Jahrhunderten in steter organischer Einheit mit dem preußischen Staate und dem deutschen Reiche verwachsen. Innerhalb des preußischen Staates und des deutschen Reiches findet fortgesetzt ein erheblicher Austausch zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Landstriche statt, wie dies bei der Natur des modernen Staates in allen Staaten der Fall ist. Durch Handel und Verkehr, Gewerbe und Industrie werden größere Menschenmassen fortlaufend innerhalb der Grenzen des Reiches hin- und hergeschoben. Würde man unter diesem Gesichtspunkt eine Statistik im ganzen deutschen Reiche aufnehmen und behaupten wollen, daß alle die Einwohner, die nicht an ihrem Wohnort geboren sind, keine bodenständige Bevölkerung sind, dann würde man erstaunen, wie wenig bodenständige Bevölkerung es im ganzen deutschen Reiche gibt. Von diesem allgemeinen Prozeß sind natürlich auch die östlichen Gebiete des deutschen Reiches ergriffen worden. Hier den Teilen der Bevölkerung, die vermöge der allgemeinen wirtschaftlichen und soziologischen Gesetze nicht in ihrem Wohnort geboren sind, sondern erst im Laufe der Zeit zugewandert sind, das Recht, über die Geschichte des Landes mitzubestimmen, abzusprechen, bedeutet, diesen Teil der Bevölkerung vogelfrei erklären, das organische Wachstum einer Bevölkerung verkennen und somit das Selbstbestimmungsrecht vergewaltigen. Es ist zwar vorgesehen, daß Personen, die vor einem gewissen Zeitpunkt zugezogen sind, abstimmungsberechtigt sind. Bei der Unterschrift des Vertrages wird Deutschland aber nicht wissen, welcher Zeitpunkt festgesetzt wird. Es ist wie an hundert anderen Stellen des Vertrages, Deutschland verpflichtet sich zu Dingen, von deren Inhalt es noch nichts weiß, und es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, nach welchem Geiste die Festsetzung dieses Zeitpunktes erfolgen wird.

Ein anderer Punkt ist die Bestimmung, daß die deutschen Truppen und Behörden das Gebiet zu räumen haben, und daß die Verwaltung von einer interalliierten Kommission übernommen wird, die die Abstimmung zu organisieren hat und alle Maßnahmen treffen soll, die zur „Sicherung einer freien, unbeeinflussten und geheimen Stimmabgabe“ für erforderlich gehalten werden. Es soll also eine Behörde, deren polenfreundlicher und deutschfeindlicher Charakter einem Zweifel nicht unterliegen kann, die Unparteilichkeit der Abstimmung gewährleisten. Jedwede Garantien zum Schutze der Einwohner, die ihrem angestammten Vaterlande die Treue halten wollen, fehlen. Terror, Wahlbeeinflussung und Listenfälschung ist Tür und Tor geöffnet. Aber es handelt sich ja um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn nun aber, trotz aller dieser grotesken Bestimmungen, die Abstimmung zugunsten des deutschen Reiches ausfällt, dann ist damit noch längst nicht gesagt, daß das Gebiet auch tatsächlich dem deutschen Reich gelassen wird. Denn dann erst werden die alliierten und assoziierten Hauptmächte unter Berücksichtigung zwar auch des von der Bevölkerung durch die Abstimmung kundgegebenen Willens, aber auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortschaften die Grenze ziehen. Der Pferdefuß ist nicht zu verkennen. Was alles unter der Firma „Berücksichtigung geographischer und wirtschaftlicher Interessen“ von der Entente fertiggebracht werden kann, zeigen ja die Bestimmungen über Westpreußen, Posen und Oberschlesien, wo rein deutsche Gebiete ohne den fadensteichigen Mantel der Volksabstimmung abgetreten werden sollen.

Es ist bei solchen Bedingungen kaum einzusehen, warum die Entente sich das Scheinmäntelchen nicht auch für diese Gebiete ungehangen hat. Denn unter diesen Bedingungen läßt sich überall das gewünschte Ergebnis erzielen. Wir kennen die Polen und wissen, was sie unter Freiheit da verstehen, wo sie die Herrschaft haben. Das Schicksal der Ruthenen in Galizien und unferer deutschen Brüder in dem Posener Land östlich der Demarkationslinie zeigt es uns hinreichend. Wir können uns gut vorstellen, wie mit allen Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche bis zur brutalsten Gewalt das Ergebnis der Volksabstimmung, das von der Entente und den Polen gewünscht wird, erzielt werden wird.

Die deutschen Ostmarken sind deutsch. Jahrhunderte lange Arbeit und Kultur haben dem Land ihren Stempel aufgedrückt, und es unzweifelhaft deutsch gemacht. Da bedarf es einer Volksabstimmung nicht. Von der deutschen Regierung muß man erwarten, daß sie sich auf der Grundlage der Entente gar nicht in Verhandlungen einläßt, oder gar die Anordnung einer Abstimmung unter den von der Entente geplanten Modalitäten in weiteren Gebieten als einen Erfolg ihrer Verhandlungskunst ansehen wird.

Es gibt nur eine sichere Grundlage. Unzweifelhaft polnisches Land gibt es in den Grenzen des deutschen Reiches nicht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dann am besten gewährleistet, wenn die deutschen Ostmarken beim deutschen Reich bleiben.

### Der polnische Anspruch auf Lauenburg und Bütow

Die Polen erheben neuerdings Ansprüche auf den Besitz der pommerischen Kreise Lauenburg und Bütow, und der Friedensvertrag, den Deutschlands Feinde uns unterbreitet haben, geht darauf bereitwilligst ein. Die Polen suchen ihre Forderungen mit dem Hinweis darauf zu begründen, daß König Johann Kasimir im Vertrag von Bromberg

vom 6. November 1657, durch den er die beiden Kreise an den Großen Kurfürsten abtrat, sich ihre Rückgabe an Polen ausbedungen habe, falls die Herrschaft der Hohenzollern ein Ende fände, und daß dieser Fall durch die deutsche Revolution im November eingetreten sei.

Diese Begründung ist jedoch in geschichtlicher und rechtlicher Hinsicht ansehbar.

Im September 1657 hatte sich die Schwertung der brandenburgischen Politik

nach Polen hin vollzogen. Der Große Kurfürst, der bisher auf Seiten der Schweden gefochten hatte, und vom König von Schweden Karl Gustav, als souveräner Herzog von Preußen und Ermland anerkannt war (Labiau 20. November 1656), schloß zu Wehlau am 18. September 1657 ein Bündnis mit dem polnischen König Johann Kasimir. Unter Verzicht auf die ihm von Schweden zugesicherten polnischen Palatinate Posen, Kalisch, Banzch und Sieradz und auf Ermland wurde seine Souveränität im Herzogtum Preußen auch von seinem ehemaligen Lehnsheer, dem König von Polen, anerkannt. Außerdem wurde ein gegenseitiges Schutz- und Trugbündnis geschlossen, wofür der Kurfürst eine besondere Entschädigung erhalten sollte. Zur näheren Vereinbarung hierüber kamen der König und der Kurfürst Ende Oktober in Bromberg zusammen. Zu dem Vertrage, der am 6. November 1657 unterzeichnet wurde, erhielt Friedrich Wilhelm außer der Zusicherung der Stadt Elbing die Starosteien Lauenburg und Bütow, die bis 1687 die pommerschen Herzöge als polnische Lehnen besessen hatten.

Der Vertrag wurde von den Ständen Polens genehmigt, die Abtretung der beiden Kreise somit von Krone und Volk bestätigt.

Johann Kasimir trat in dem Vertrage Lauenburg und Bütow in seinem und seiner Nachfolger Namen an die Kurfürsten und seine rechtmäßigen männlichen Nachkommen auf ewige Zeiten zu Lehnrecht ab.

Die Stelle, auf die sich die Polen berufen, lautete in deutscher Übersetzung: „Sollte aber der Durchlauchtigste Fürst und Herr, Friedrich Wilhelm, Markgraf und Kurfürst zu Brandenburg, Herzog in Preußen, ohne gesetzliche männliche Lehnserberben oder der gesetzliche männliche Lehnserbe ohne männliche Nachkommenschaft zu hinterlassen, mit dem Tode abgehen und dero Stamm und gesetzliche männliche Nachkommenschaft erlöschen: Alsdann sollen die vorbesagten Schloßer und Städte Bütow und Lauenburg mit allen ihren Gütern, Untertanen, Vasallen, Nutznießungen, Freiheiten, Rechten, Hoheiten und allem Zubehör, und zwar zu vollem Rechte und Besitze ohne allen Einspruch an

Uns und die Uns nachfolgenden Könige von Polen zurückfallen.“

Wie aus diesen Worten deutlich ersichtlich ist, bezog sich die in Erwägung gezogene Rückgabe lediglich auf den Fall des Erlöschens des Hauses Hohenzollern; sie kam nur dann in Frage, wenn der Kurfürst und seine Nachkommen keine Rechtsnachfolger hinterlassen.

Die polnischen Ansprüche sind also schon, wenn man sie auf die rein formelle Auslegung des Vertrages beschränkt, nicht begründet. Die Bedingung, das Aussterben des Hauses Hohenzollern, ist nicht eingetreten; vor allem aber ist zu beachten, daß die Rückgabe ausdrücklich an „die uns nachfolgenden Könige von Polen“ erfolgen sollte. Durch die Aufhebung der polnischen Königsherrschaft von 1795 ist somit bereits die rechtliche Möglichkeit für den Heimfall des Lehnes aufgehoben worden.

Aber unabhängig hiervon sind die polnischen Ansprüche aus allgemeinen Gründen völlig unhaltbar. Die Erbverbrüderungsverträge zwischen Fürsten und Fürstenfamilien entstammen einer Zeit, in der der Staat als Eigentum des Fürsten aufgefaßt wurde. In dieser Zeit war es möglich, Länder mit ihrer Bevölkerung zum Objekt fürstlicher Rechtsgeschäfte zu machen. Mit der Entwicklung des modernen Staatsbegriffes wurden einmal die Fürsten zu Organen der von ihnen beherrschten Staaten, und es wuchsen ferner diese Staaten zu organischer Einheit zusammen. Erbverbrüderungsverträge können im modernen Staatsleben nur noch soweit zu rechtlicher Bedeutung kommen, als diese Verträge nach Maßgabe der Staatsverfassungen einen Einfluß auf die Thronfolge innerhalb des Staates besitzen. Eine Auseinanderreißung zu organischer Einheit erwachsener Staaten auf Grund privatfürstlicher Erbverbrüderungsverträge würde den elementarsten Begriffen der Auffassung vom modernen Staat Hohn sprechen.

Die polnischen Ansprüche schweben aber weiter auch deswegen in der Luft, weil der jetzige polnische Staat unter keinem Gesichtspunkte als Rechtsnachfolger des im Jahre 1795 untergegangenen polnischen Königreichs aufgefaßt werden kann. Völkerrechtlich liegt der Fall des Unterganges des polnischen

Staates besonders klar, denn wenn auch die polnischen Teilungen als völkerrechtlich allgemein gültig nicht anerkannt werden sollten, so hat doch auf dem Wiener Kongreß eine völlige territoriale Neuordnung Europas festgestellt, und in der damals betroffenen territorialen Regelung liegt eine formelle völkerrechtliche unbestreitbare Anerkennung des preußischen und entsprechend österreichischen und russischen Rechtsmittels auf die ehemaligen Gebiete des Königreichs Polen. Rechtsnachfolger in den in Frage kommenden Gebieten sind also lediglich Preußen, Österreich und Rußland. Der jetzt neu entstandene polnische Staat ist eine völlig neue Schöpfung, die zwar unter nationalen Aspekten Verbindungen mit der Vergangenheit aufzuweisen hat, die aber rechtlich durch keine noch so geschickte juristische Kabulistik in Verbindung mit dem untergegangenen Königreich Polen des 18. Jahrhunderts gesetzt werden kann.

### Der Zusammenschluß der Ostmark

Am 22. d. M. ist in Berlin eine Konferenz der ostmärkischen Abgeordneten der National- und Preußischen Landesversammlung zusammengetreten, die in der öffentlichen Meinung als eine Art Parlament des Ostens bezeichnet wird. In der jetzigen Zeit voraussetzungsloser Illusionen ist es jedoch angebracht, sich darüber klar zu sein, welche praktische Tragweite der Schaffung des Ostparlamentes zukommt. Es scheint fast, als ob man an den Zusammentritt der Parlamentarier des Ostens Erwartungen knüpft, die in der Folgezeit wie üblich enttäuscht werden müßten. Zunächst muß geklärt werden, welche reale Größe hinter dem Begriff „Ostmark“ steht. Die „Ostmark“ bedeutet in der gegenwärtigen politischen Lage die beiden am schwersten bedrohten Provinzen Posen und Westpreußen, dazu ganz Ostpreußen, dessen intakt bleiben sollende Teile gleichfalls von der geplanten Gewaltregelung unmittelbar getroffen werden, und Oberschlesien. Was diese Gebiete zurzeit eint, ist die drohende Gefahr: eine gemeinsame Organisation besitzt die Ostmark als solche noch

nicht. Desgleichen liegt kein gemeinschaftlicher Plan vor, der ihr Verhalten als Ostmark für die kommenden Tage der Entscheidung etwa regeln sollte. Ein Zusammenschluß ist bis jetzt in keiner Weise erfolgt, und in die Erscheinung ist die Zusammengehörigkeit der Ostmark lediglich durch die in allen Teilen gleichmäßig einsetzende Reaktion gegen das vom Gewaltfrieden angekündigte Schicksal getreten, bzw. vor Bekanntgabe der Friedensbedingungen durch die Reaktion gegen die zutage tretenden polnischen Annektionsabsichten. Die treibende Kraft, die diese Gegenwirkung auslöste, war die Volksratsbewegung. Auch diese Bewegung muß verstanden werden. Als der Novembersturm kam, als das öffentliche Interesse sich in der Schaffung von Räten (Arbeiter- und Soldatenräten) zersplitterte, als jeder nur an seine Rechte, an die Rechte und Freiheiten seiner Klasse dachte und niemand mehr an die Freiheit des gesamten Volkes, zerfiel — am folgenschwersten in Posen — das feste Gefüge des preußischen Staates, der damit dem Zugriff des nur um das gesamte Wohl besorgten polnischen Nationalismus offenstand. Bei dem anfänglich gänzlichen Versagen der Regierung entschwand das Vertrauen der deutschen Bevölkerung zu ihr, die instinktiv nach einer anderen Stütze suchte und sie in dem Vertrauen zu sich selbst auch fand. Die Pflicht zur Selbsterhaltung und damit auch die Pflicht gegenüber dem gesamten deutschen Volkstum bewog die ostmärkische Bevölkerung — anfänglich nur die Teile, die sich von dem Klassen- und Parteitaumel unberührt hielten — aus sich selbst ein Gegengewicht gegen ihre Vernichtung durch die polnische Gefahr und als Ersatz für die versinkende Staatsautorität zu schaffen. Die Bevölkerung erwählte sich in den Volksräten eigene Vertretungen und eigene Führer, die ihre Rechte sowohl gegen die polnische Gefahr wie gegen die Regierung wahrnehmen sollten. Die Volksratsbewegung schuf, von den einzelnen kleinen und kleinsten örtlichen Kreisen angefangen, das, was im November in die Brüche zu gehen drohte, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen als Deutsche ohne Unterschied der Partei und ohne Berücksichtigung der Parteinteressen.

Nicht Regierungsvertreter, nicht Parteien, nicht Arbeiter- und Soldatenräte, auch nicht Parlamentarier haben bis jetzt die Ostmark vor dem schlimmsten gerettet, sondern die deutsche Bevölkerung hat sich davor durch eigene Kraft bewahrt, durch eigene Führer, die Volksräte. In Posen, Westpreußen und Oberschlesien umfaßt die Volksratsbewegung eine jede Provinz einende Organisation. Ostpreußen, das sich bis jetzt abseits von der großen Gefahr dünkte, fängt nunmehr an, sich auf sich selbst zu besinnen.

Nun ist unlängst bei einer Besprechung von Persönlichkeiten in Danzig der Plan zur Ausführung gestellt worden, die einzelnen bisher nur in sich geschlossenen Provinzen durch Schaffung einer Gesamtvertretung zu einem Zusammenschluß als Ostmark zu einen. Zunächst also als Vorstufe sollte dies durch einen Zusammenschluß der ostmärktischen Parlamentarier erfolgen. An sich wurde dieser Beschluß in der Ostmark freudig begrüßt, jedoch nur als Anfang der Ausführung dessen, was nottut. Die Konferenz der Parlamentarier ist nur als Symptom des vorhandenen Einigungswillens anzusehen, nicht als seine endgültige Verwirklichung. Was zurzeit bitter nottut, ist eine tatsächliche „Zusammenfassung aller Kräfte, die heute in der Ostmark für die bedrohten Bezirke und für das bedrohte Deutschtum tätig sind“. Eine derartige Zusammenfassung aller Kräfte bildet eine Konferenz allein von Parlamentariern nicht, sie

mußte durch die Führer der Volksratsbewegung, durch selbstgewählte Vertreter der Volksräte ergänzt und damit auf eine Grundlage gestellt werden, die ihr das resillose Vertrauen der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien sichert. Denn Parteien und Parteihader gibt es leider auch hier genug, und Gegensätze werden sich auch bei einer parlamentarischen Zusammenkunft von Parteiführern bemerkbar machen. Auch die Volksratsbewegung hat selbstverständlich ihre Gegner, namentlich von der ganz linken Seite, aber sie ist stärker als jede Partei, denn ihr fehlen in ihren einzelnen Organen die Gegensätze, die schon heute z. B. die den sozialdemokratischen Parteien angehörigen Arbeiterräte eines Ortes von denen anderer trennen.

Unser gefährlichster Feind ist nicht der Pole, das ist vielmehr unsere innere Zerrissenheit. Niemals ist sie in ihren unmittelbaren Folgen bedrohlicher als hier in der Ostmark, wo es handgreiflich um das Ganze, um unsere Existenz als Volk geht. Diese Gegensätze zu überbrücken, ist das vornehmste Ziel der Volksratsbewegung und aus diesem Grunde muß ihr unmittelbarer Anteil an der Leitung gegeben werden.

Der erste Schritt zur Einigung der Ostmark ist durch den Zusammentritt der Abgeordneten geschehen, hoffen wir, daß der zweite und entscheidende bald folgen wird.

## Aus den Deutschen Volksräten

Eine gewaltige Volkskundgebung in Graudenz lösten die unerhörten Friedensbedingungen aus, die ein haßerfüllter Feind dem deutschen Volke diktiert. Trotz aller Ungewißheit über das Schicksal der Provinz Westpreußen lasten mit ungeheurer Wucht die Zeitereignisse auf allen Gemütern, und der Gedanke, daß rein deutsche Gebiete durch einen Federstrich zu Polen geschlagen werden sollen, zeitigt eine Empörung und eine Entschlossenheit, die dem deutschen Volke immer zu eigen war, wenn es galt, fremdes Joch abzuschütteln. Mit Begeisterung war deshalb

die Einwohnerschaft der Stadt Graudenz am gestrigen Dienstag der Aufforderung des Deutschen Volksrates gefolgt, um durch eine Massenkundgebung Protest gegen jede Versklavung der Ostmark zu erheben und das Bekenntnis abzulegen, daß sie treu zum Deutschtum halten und daß sie fordere, daß das, was bisher deutsch war, auch deutsch bleiben muß! Heute freilich ist die bange Ungewißheit schon zur Tatsache geworden: die Feinde verlangen, daß die fast rein deutsche Stadt Graudenz ohne Volksabstimmung ohne weiteres an Polen abgetreten

werden soll! Erfreulich ist, daß dieses unerhörte Verbrechen alle deutschen Parteien wieder zu einer kompakten Masse zusammenschmiedet; auch die heutige Zeit kennt nur Deutsche und keine Parteien mehr! Wir wollen nichts Unbilliges, wir wollen Gerechtigkeit, wir wollen deutsch bleiben, wie es uns nach der Bevölkerungszahl zukommt!

Und dieser eine Gedanke besetzte gestern die Tausende und Abertausende von Männern in Graudenz, die im festen Tritt mit guter Ordnung hinaus zogen zum Exerzierplatz am „Schwan“, wo sie von einer vieltausendköpfigen Menge erwartet wurden; keine wehenden Fahnen, keine schreienden Plakate, keine äußeren Zeichen wurden mitgeführt, die Truppen, zum Teil im Stahlhelm, und die Männer im Bürgerrock marschierten in tiefem Ernst zur Versammlungsstätte. Zum ersten Male trat auch die Stadtwehr geschlossen und öffentlich auf und marschierte von drei verschiedenen Punkten mit weit über 1000 Mann im Zuge. Eine ungeheure Menge hatte sich dort auf der weiten Fläche am „Schwan“ zusammengefunden, etwa 15 000 Männer und Frauen erhoben Protest gegen einen Gewaltfrieden, gegen eine Abtretung der Ostmark an die Polen. Diesmal dürfte sich das Graudener Polenblatt kaum zu der hämischen Bemerkung aufschwingen, daß bei den „Graudener Manifestationen“ immer nur die klägliche Zahl von 3000 Beteiligten aufzubringen sei. Die Einmütigkeit mag aber den großpolnischen Machthabern weiterhin bewiesen haben, daß das deutsche Volk im Osten des Reiches kein lebloses Element ist, das sich gleich einer Ware verschachern läßt, sondern daß es sich um Männer und Frauen handelt die alles daransetzen gewillt sind, ihr Deutschtum zu verteidigen.

Während einige Flieger die Versammlung überkreisten und Flugblätter abwarfen, sprach Professor Busse von einem Automobil mit weit-hinschallender Stimme:

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Die Stunde der Not ist da. Mit tausend eifigen Fangarmen greift das Scheusal des Völkerhefens und der unerfülllichen Nachgier an das deutsche Herz. Ausgefogen und ausgepreßt sollen wir werden bis zum letzten Tropfen Blut, vernichtet und ausgetilgt aus

dem Buche der Geschichte. Statt des Friedens des Rechts und der Freiheit soll uns beschert sein ein Frieden der Gewalt und der Knechtschaft. Aus den Millionen deutscher Herzen kommt darauf heute die einzig mögliche Antwort, ein entschlossenes, unbeugsames Nein! Allerorten erhebt sich der deutsche Wille zum Recht, überall ertönt der Schrei nach Gerechtigkeit. Vergessen ist aller Hader der Parteien, berraucht ist die Streitlust der letzten Monate. Einig und geschlossen steht das Volk hinter seiner von ihm selbst erwählten Regierung.

Besonders schwer und schier unfassbar hart ist das Schicksal, das uns Deutschen der Ostmark zugebracht ist. Wir sollen aufhören, zum Deutschen Reiche zu gehören, unser lieber schöner Heimatboden, auf dem jede Ackerfläche und jeder Pflasterstein von deutschem Geiste und deutschem Wesen zeugt, den jahrhundertlange treue deutsche Arbeit zu herrlicher deutscher Blüte gebracht hat, der ein unerfeglicher Teil unseres geliebten Vaterlandes ist — er soll für immer der Beutegier und der Ländersucht des slawischen Nachbarvolkes zum Opfer fallen, mit seinem majestätischen Strom, seinen alten Ordensburgen, seinen gepflegten Städten, seinen heimischen Dörfern. Das kann nicht sein, das darf nicht sein. Mit banger Sorge blicken wir auf jene Männer, die das Vertrauen des Volkes auf die verantwortungsvollste Stelle gehoben hat, und aus tiefstem Herzen dringt heute unser Ruf an ihr Ohr: Verratet uns nicht an das fremde Volk, gebt uns nicht preis! Wir halten dem übrigen Deutschland die Treue, wir verlangen und erwarten auch, daß uns das Deutsche Reich nicht im Stiche läßt!

Nicht unbesonnenes Handeln fordern wir, nicht tollkühnes, aussichtsloses und verderbliches Wagnis, wohl aber fordern wir, daß die Regierung handle nach jenem Dichterswort: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Deutschland hat sich verpflichtet den Frieden zu schließen auf der Grundlage jener 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieselbe Verpflichtung aber haben auch unsere Gegner unzweideutig auf sich genommen. Ein un-

glaublicher Wortbruch wäre es, jene bindende Zusage nicht einzulösen. So bringen wir denn unsere Erwartungen in folgender Entschliebung zum Ausdruck, die ich anzunehmen bitte:

Die gesamte deutsche Bevölkerung der Stadt Graudenz lehnt die jetzigen Friedensbedingungen ab und verlangt einen Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte, einen Frieden der Selbstbestimmung und des Rechtes. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Regierung unter keinen Umständen die deutsche Ostmark preisgibt. Deutscher Volksrat.

Mit Begeisterung gab die Versammlung die Zustimmung, daß diese Resolution an die Reichsregierung, die preussische Regierung, die Nationalversammlung, das Abgeordnetenhaus und die Friedensdelegation abgesandt wird.

Brausend stieg das „Ja!“ des Einverständnisses, und lebhafter Beifall dankte dem Redner. Dann ordnete sich der gewaltige Zug, in den die Kapellen der Graudenzener Truppenteile eingetreten waren. Vor dem Gouvernementsgebäude angekommen, begab sich eine Deputation, bestehend aus dem Vorsitzenden des Deutschen Volksrates, Lehrer Fritz, ferner Direktor Thilo Kiefer, Ingenieur Wittmeyer, Arbeiterrat Haak und Frau Lausch, zu dem Gouverneur, Excellenz von Malachowski, und trug ihm die Wünsche der Graudenzener Einwohnerschaft vor. Aus dem ersten Stockwerk hielt der Gouverneur sodann eine Ansprache, in der er ausführte:

Ihr habt alle die schmachvollen und schamlosen Bedingungen gelesen, die die Entente uns, dem deutschen Volke, anzubieten gewagt hat. Große Stücke von Deutschland, ja die besten sollen losgerissen werden. Fünf Millionen Deutscher sollen anderen Staaten als Kulturdünger einverleibt, die übrigen Arbeiter, ja Sklaven der Völker der Entente werden. Der preussische Ministerpräsident hat im Namen der übrigen Bundesstaaten erklärt: „Lieber tot als Sklav.“ Das muß unsere Parole jetzt sein! Nachdem der Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß einen derartigen Frieden die Regierung nie unterschreiben würde, und nachdem das ganze deutsche Volk gegen diesen Schmachfrieden protestiert hat, ist es notwendig, der

Regierung zuzurufen, daß wir alle Mann für Mann bereit sind, alles, unser Gut und Blut, Ehre und Leben daranzusetzen, um das geliebte Vaterland zu retten. Wir müssen uns vorbereiten, auf den Ruf der Regierung zu den Waffen zu greifen! Aller Parteihaßer muß schwinden, wir müssen sein ein einzig Volk von Brüdern. Jeder, der eine Waffe tragen kann, melde sich zu den Freiwilligen-Verbänden, und wer nicht mehr ganz kämpfen kann, melde sich zur Stadtwehr oder zu den Reserve-Grenzschutz-Kompagnien. Und Ihr, Ihr deutschen Frauen, Euch rufe ich zu, die Wankelmütigen aufzurütteln zum einigen Kampf gegen Deutschlands Feinde. Dem heiligen Deutschland gilt unser Ruf. Deutschland hoch!

Zubelnd wurde in das Hoch eingestimmt und spontan erscholl der Gesang des deutschen Liedes „Deutschland, Deutschland über alles!“ Dann bewegte sich der Zug nach dem Rathaus, wo die Deputation bei dem ersten Bürgermeister den Willen der Einwohnerschaft kundgab.

Auf der Rathhaustreppe hielt Erster Bürgermeister Dr. Peters eine Ansprache an die Zugteilnehmer, in der er nach einem Hinweis auf die Empörung, die auch die deutsche Bürgerschaft von Graudenz ob der uns zugemuteten schmachvollen Friedensbedingungen ergriffen habe, das Gelöbniß ablegte, stets treu zur deutschen Stadt Graudenz halten zu wollen.

Erster Bürgermeister Dr. Peters schloß dann seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland, die deutsche Provinz Westpreußen und die deutsche Stadt Graudenz. Damit schloß die gewaltige, von großem Ernst getragene Volkskundgebung.

(Nach dem Bericht des „Geselligen“.)

Über 11 000 Proteste aus der Ostmark sind bisher an die Reichs- bzw. Staatsregierung gelangt. Und die Kundgebungen gehen weiter. Zahllos sind auch die Briefe, die von einzelnen aus dem bedrohten Gebiete und von Vertretern ganz entlegener Orte bei der deutschen Vereinigung eintreffen. Sie sprechen eine erschütternde Sprache; es ist der Ruf um Hilfe vor dem

Untergehen im polnischen Sumpf. Nur wenige Beispiele aus diesen Zuschriften. Aus Erika: „In unserem Bezirk ist alles deutsch, und alle wollen wir Deutsche bleiben, wir wissen alle, was es heißt, unter polnische Herrschaft kommen. Helft uns, daß dies verhindert wird!“ Aus Klein Bodel: „Einen Gewaltfrieden, wie die Entente uns ihn geben will, dürfen wir nicht unterschreiben. Geht es nicht anders, so greifen auch wir zur Waffe, um unser teures Heimatland zu verteidigen.“ Aus Seedorf: „Nur zwei kleine polnische Wüdnier und eine polnische Arbeiterfamilie wohnen hier. Wir alle sind fest entschlossen, unser Leben für das Deutschtum zu opfern. Lieber tot, als polnisch! Die Stimmung ist wieder hoffnungsvoll.“

Einer Reihe von Briefen entnehmen wir ferner, daß die anfangs verzweifelte Stimmung der Deutschen nach den Versammlungen der Deutschen Volksträten und nach ihren aufmunternden Kundgebungen wieder hoffnungsfreudig und zuversichtlich geworden ist.

Aus der großen Zahl der letzten Kundgebungen seien noch folgende herausgegriffen:

#### Protest der Frauen und Mädchen.

Die deutschen Frauen und Mädchen von **Katfel und Umgegend**, zusammengeschlossen im Deutschen Frauenrat, dem Vaterländischen Frauenverein und der Frauenhilfe, erheben flammenden Einspruch gegen den Gewaltfrieden, welcher unserem Volke aufgezwungen werden soll.

Unsere Ostmark, deren Söhne das Polenreich vom russischen Joch befreit haben, und die nun zum Dank dafür vom Deutschen Reich losgerissen und unter polnische Herrschaft kommen soll, ist von unseren Vorfahren in fast 150jähriger Arbeit zu der hohen Blüte gebracht, in der sie sich jetzt befindet, mit ihrem Schweiß haben sie den Boden gedüngt, auf dem wir leben, und der muß deshalb deutsch bleiben. Wir Mütter, Frauen und Schwestern der im 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>jährigen Kampf gefallener Helden wollen nach den blutenden Herzen gebrachten Opfern keinen Frieden, der uns außer Hab und Gut noch die Ehre nimmt und uns zu Sklaven macht.

Nur für einen Wilsonfrieden!

An Ministerpräsidenten Scheidemann ging folgendes Telegramm:

Der Deutsche Volktrat Falkenburg-Magtal protestiert energisch dagegen, daß deutsche Arbeit und Kultur, deutsches Gut und Blut dem fanatischen Polonismus ausgeliefert werden soll. Wir waren deutsch und wollen es immer bleiben.

An den Grafen Brockdorff-Rantzau:

Der Deutsche Volktrat Falkenburg-Magtal erhebt scharfen Protest gegen die Annahme des Gewaltfriedens, der nur aus Rachsucht und Habgier diktiert uns für ewige Zeit zu einem heimatlosen Bettelvolk machen will. Wir wollen nicht zu Hörigen des Slawentums werden und stellen uns treu hinter die Regierung. Nur einem Friedensvertrag, aufgebaut auf Wilsons 14 Punkte, werden wir zustimmen.

Der Volktrat Falkenburg-Magtal.

#### Bekennnis der Treue.

Unter dem Vorsitz des Lehrers Müller fand in Erlau (Kreis Wirß) eine dichtgefüllte Versammlung statt, in der Herr G. Rufmann aus Bromberg gegen den Gewaltfrieden sprach. An die zuständigen Stellen ging nachstehende, einstimmig gefaßte Entschliebung:

Wir Bewohner des deutschen Ortes Erlau und der Umgegend danken der Reichs- und Staatsregierung für ihre Zusicherung, daß der Schmachfrieden der Entente unannehmbar ist und stehen geschlossen hinter ihr, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden und die schwersten Entschlüsse zur Erzwingung eines Rechtsfriedens gefaßt werden müssen. Die Regierung darf sich auf uns verlassen, wie wir uns auf ihr Wort verlassen. Jedem soll uns nichts und niemand davon abhalten, praktisch unser Selbstbestimmungsrecht auszuüben — auch mit der Waffe in der Hand. Die Bürgerwehr schließt sich diesem Bekenntnis rückhaltlos an. Wir sind deutsch und wollen unter allen Umständen als freie Bürger im deutschen Mutterlande bleiben. Knechten lassen wir uns nicht!

Deutscher Volktrat Erlau (Kreis Wirß).

## Pressestimmen

### I. Polnische Presse

„**Wiarus Polski**“ (Wochum) Nr. 111 vom 16. Mai.

Ein polnisch-litauisches Bündnis? Die Litauer haben in Paris den Vertretern Polens die Unterzeichnung eines Bündnisses gegen die Bolschewisten vorgeschlagen, wenn Polen die litauische Republik anerkenne, welche Kowno, Grodno, Wilna, einen Teil von Suwalki und Umgegend umfaßt.

„**Postep**“ (Posen) Nr. 111 vom 15. Mai.

Sämtliche Bahnhofsrestaurants in dem von den Polen besetzten Gebiete sowie in Neutomischel, Gnesen, Hohensalza, Bronke, Mogilno, Schubin werden laut Mitteilung der Zeitung vom 1. August neu verpachtet und zwar in polnische Hände.

Die Bekanntmachung fordert die Redakteure auf, Offerten an die Administrationsverwaltung in Posen, Kurfürstenring 4, zu schicken.

„**Wielkopolanin**“ (Posen) Nr. 106 vom 18. Mai.

Die feierliche Eröffnung der Posener Universität hat heute am Mittwoch stattgefunden. Die Feier begann um 1/2 10 Uhr vormittags mit einer feierlichen Andacht im Dom, die von dem Erzbischof geleitet wurde. Während der heiligen Messe hat der Prälat Lukowski eine Predigt gehalten. Nach dem Gottesdienst hat ein imposanter Umzug aus dem Dome nach dem „Collegium Majus“ (dem früheren Schlosse) stattgefunden, wo nach der Einweihung des Gebäudes durch den Erzbischof die Eröffnungsfeier vor sich ging. Infolge dieser Feierlichkeit ist in unserer Stadt geflaggt worden.

„**Dziennik Kujawski**“ (Hohensalza) Nr. 103 vom 7. Mai.

Der Beschluß des Landtages in Sachen Danzigs. Der Landtag hat gestern einstimmig folgenden Antrag des Herrn Korfanty angenommen:

„Der Landtag stellt fest, daß als unwiderrufliche Bedingung der Unabhängigkeit und des Fortschritts Polens nicht nur der Besitz Danzigs, sondern auch des ganzen Gebietes angesehen wird, durch welches die Warschau-Danziger Bahn geht, und zwar auf der gradesten Linie Warschau—Mlawa—Danzig. Die Rückgabe dieses Landes an Polen verlangt nicht nur die historische Gerechtigkeit, sondern auch die Feststellung eines dauernden Friedens, welcher auf der Völkerliga begründet ist.“

Man hat beschlossen, diesen Entschluß telegraphisch nach Paris zu schicken.

„**Dziennik Poznański**“ (Posen) Nr. 108 vom 11. Mai.

Um die Politik der Logik und der Tat. Unter diesem Titel bringt die Zeitung einen Artikel des Redakteurs des „Kurjer Crestochowski“ in welchem dieser u. a. sagt:

Polen ist endlich das Los beschieden worden, zu einem ganzen wieder zusammengekittet zu werden. Der Feind hält sich noch konvulsivisch in unseren Grenzmarken . . . Die Kraft der Logik und der historischen Konsequenzen muß jedoch das angefangene zu Ende führen, dem auferweckten Volke ist es nicht leicht ein Schweigen aufzuerlegen. Der Instinkt der Selbstverteidigung wird ihm nötigenfalls erlauben, sich zu Heldentaten zum Schutz des Lebens aufzuraffen. . .

Obgleich die Sache sich von außen so darstellt, so macht uns doch der Gedanke traurig, daß die Ausladung der inneren Energie unseres Lebens sich nicht an die Linie der Logik und der entscheidenden Tat hält. Obgleich wir äußerlich viel starken Willen und Energie zeigen, so sind wir doch innerlich schwach und befinden uns in einem gewissen Chaos, welches uns nicht erlaubt, eine starke Hand zu bilden, eiserne Konsequenzen und entschlossene Willenskraft auszudrücken.

Ich denke dabei an die heutige sittliche Auflösung auf dem Gebiete des allgemeinen Gedankens, sowie in dem gegenseitigen Verhältnisse der Leute unter sich, ferner an die

Lockerung des Gerechtigkeits- und Rechtsgefühls in allen Kreisen und Sphären unserer Allgemeinheit, an den Mangel einmütiger Tätigkeit zwischen den verschiedenen polnischen Gebieten . . . an die Korruption des Beamtenstandes von oben bis nach unten und an die Anämie der jetzigen Regierung, welche sich fürchtet, oder es nicht versteht, die Strömungen zu beherrschen, welche die Existenz des noch jungen Staatsorganismus bedrohen.

Diesen Zustand der Dinge muß man der Geschwindigkeit zuschreiben, mit welcher sich das Leben unseres Vaterlandes bewegt . . . wir hatten keine Zeit, uns vorzubereiten, uns zu sammeln. Wir haben aus den politischen Kämpfen und Leiden keine Lehren gezogen, die uns jetzt erlauben würden, entsprechende Konsequenzen zu ziehen. . .

Jedoch kann dieser Zustand nicht so lange dauern, mit Rücksicht auf die Zukunft und auf die Gefahren der Jetztzeit, die uns von allen Seiten drohen.

Wir müssen uns aufraffen, um die Kraft unseres Willens zum Ausdruck zu bringen, um alle Energie anzusammeln, deren wir fähig sind, um uns an die Richtschnur der Politik und der Tat zu halten. . .

„**Rech**“ (Gnesen) Nr. 99 vom 9. Mai.

Die Zeitung bringt unter dem Titel: „**Weitere Beschreibung der Reise unserer Haller-Soldaten**“ u. a. folgendes: Aus Kadowo reisen wir um 9 Uhr weiter durch Kobylin, Krotoschin und Ostrowo, von wo wir nach einem einstündigen Aufenthalte herzlichst Abschied nehmen, losfahren und am nächsten Morgen in Kongreß-Polen erwachen. Hier ist noch größere Armut wie in Sachsen. Die Leute sind teilnahmslos, begrüßen uns gar nicht. Lodz, eine schmutzige Stadt, Armut und Bolschewismus. Einige Stunden lang unterhalte ich mich mit Pseudoarbeitern: ihre Anschauungen sind unklar, sie wissen selbst nicht, was sie wollen. Sie verfluchen die Juden, und Polen ist ihnen gleichgültig. Der Einfluß der Moskowiter — Nihilismus — ist das Gift, welches vielleicht noch lange den Körper des Volkes mit seiner sprichwörtlichen „**sklavischen Unproduktivität**“ quälen wird, die allein die Eigenschaft des unkultivierten Moskowiters ist. Nach War-

schau kommen wir mittags, derselbe niederschmetternde Eindruck: Kälte und Gleichgültigkeit. Man hat uns in Ostrowo zu Mitternacht bedeutend herzlicher bewillkommnet, als in der Residenz Polens zur Mittagszeit: Und das sind doch die ersten Transporte der ersten Division. Ich bin gespannt, wie sie die nachfolgenden aufnehmen werden. — — Wir sollten nach Modlin reisen, indessen fahren wir nach Demblin, wo wir zu Mitternacht ankamen. Dann Schlaf und Wecken schon in Cholm. Wir haben hier schon einen Teil unserer Truppen angetroffen. Die Juden, was hier gleichbedeutend ist mit den Bolschewisten, von denen 75 Prozent in der Stadt sind, wollten sie nicht hineinlassen und haben sich mit bewaffneter Hand widersetzt. Man mußte überzeugende Argumente anwenden und es ging, obgleich es sich ohne Tote nicht machen ließ. Wir sind jetzt aber in die traurigsten Gegenden gekommen, in die Sümpfe. Zwar sind es keine Sümpfe aus der Umgegend von Pinsk, aber ähnliche. Abends am 24. kamen wir in Kowwoel an, wo wir auch vorläufig verbleiben. Hier ist es genau so wie in Chelm: ein Pole auf 18 Juden: Es ist ganz schwarz davon! Und mit welchen Augen sie uns und unsere Kanonen messen! Das ist dabei nur die erste Batterie und alle sechs Stunden kommt eine neue, bis jetzt sind schon 16 angekommen. Das Judentum steckt seine Nase überall hinein und wie sie herumquatschen! Das arbeitet den ganzen Tag gar nicht, Kocht nicht und ist wahrscheinlich auch nichts weiter außer Zwiebeln. Unsere Pferde sind der Gegenstand ihrer größten Entzückung — und man muß nicht nur zur Nacht, sondern auch zur Tageszeit doppelte Wachen hinstellen. Ebenso bewundern sie die Uniformen, obgleich dies unsere alten Uniformen aus Frankreich sind und jeder von uns drei ganz neue Uniformen im Magazin besitzt. Sie nennen uns „**reiches Militär**“, denn wir unterscheiden uns sehr von unseren Vorgängern, den verarmten Legionären und Geld hat auch jeder von uns; allerdings zählt ein Frank ganze vier Kronen. Wenn man mit Kronen zahlt, so ist es hier sehr teuer, wenn man aber mit Franks zahlt, so ist es nicht viel teurer wie

in Frankreich. Vorläufig verbleiben wir in Kowel, ob für lange ist unbekannt, denn die Bolschewisten sind auf die Nachricht, daß unser Militär ankommt, gleich um 25 Kilometer zurückgegangen.

„Dziennik Berliński“ (Berlin) Nr. 104 vom 10. Mai.

### Der Untergang Deutschlands.

Die in Versailles der deutschen Abordnung vorgelegten Friedensbedingungen sind für Deutschland, welches bis zum letzten Augenblick solche angenehmen Hoffnungen auf Wilson hatte und jetzt so schändlich enttäuscht worden ist, so schwer schmerzhaft und erniedrigend, daß sie einem Untergange Deutschlands gleichen.

Am 8., einem schönen sonnigen Morgen nach einigen kühlen und mürrischen Tagen, verbreiteten sich Gerüchte über die schweren Bedingungen in Berlin; in jenem Berlin, welches sich gar nicht vergegenwärtigt, was Deutschland trifft. Die Bevölkerung dieser mächtigen und bis unlängst reichen preußischen und deutschen Residenz strömte auf die Straßen, um sich an den Sonnenstrahlen zu erwärmen, um wie gewöhnlich die bescheidenen Waren und Lebensmittelartikel anzusehen, die mit hohen Preisen ausgezeichnet sind, füllte die Kaffeehäuser und Straßen und kaufte auch wie gewöhnlich von den Straßenhändlern die Zeitungen, las sie, blieb aber teilnahmslos.

Kein Aufstand, kein Protest von elementarer Gewalt! Das Volk ist erstarrt . . . zu Tode gequält durch einen mehrjährigen Krieg, erschreckt durch die blutigen Unruhen, welche erst unlängst stattgefunden haben, ausgehungert, mißtrauisch, weil so lange belogen, verabschiedet es nicht schmerzgefüllt den früheren Ruhm und Macht der Waffen, das Herz bricht ihm nicht, wo das Vaterland in einen tiefen schwarzen Abgrund stürzt.

Wir Polen, obgleich unsere Gesichter strahlen über die Nachricht, daß auf den Trümmern der früheren Mächte ein wiedergeborenes und verjüngtes Polen aufersteht, welches wir ersehnten und in der Tiefe unserer Herzen bewahrten während aller Jahre bürgerlichen Elends und politischen Sklaventums, wir Polen, die wir aus Er-

fahrung wissen, was es bedeutet, ein Volk in politische und wirtschaftliche Fesseln zu legen, wir Polen wollen die Tragödie Deutschlands trotz allen Unrechts verstehen, welches wir von denen ertragen haben, die ein ähnliches, vielleicht schlechteres Los als das unsrige zu erwarten haben. . . .

Wo ist die stolze Macht geblieben, die nicht aufhörte zu drohen und mit den Waffen zu kirren, die Schwächere bedrückte, die sich ein Lager auf fremden Federn bettete, auf fremden Ländereien und in fremdem Hause? Wo ist denn die Macht, die gleich einem Sturm über die zahlreichen großen Gebiete Frankreichs und Flanderns unseres lieben Polens und des Rutgenlandes, des Estlandes, Ukraine und der slavischen Ländereien des Balkans gegangen ist? Wo sind die schlagfertigen und sflavenmäßig disziplinierten, zahlreichen Armeen, wo sind die prachtvollen Höfe, wo ist der Glanz der so zahlreichen Kronen?

Wo ist der Monarch, der zu Anfang des Krieges rief, daß das eigene Volk zu nicht dagewesenen Höhen des Glanzes und des Reichthums führen und andere Völker zertreten wird? Er ist schmählich ausgestoßen wie andere, die weniger schuld als er, und erwartet das Los, welches die Sieger ihm noch bestimmen werden.

„Gazeta Toruńska“ (Thorn) Nr. 103 vom 9. Mai

**Nachrichten aus dem Königreich Polen.**  
Man schreibt uns: Bei Personen, die von hier aus nach dem Königreich kommen, machen die dortigen Verhältnisse anfangs einen niederschmetternden Eindruck. Man sieht große Ratlosigkeit und daraus Erscheinungen der Desorganisation. Die Bevölkerung ist an Gehorsam nicht gewöhnt, der Administration fehlen erfahrene Volkzugsorgane, alle sehen das Schlechte und wünschen seine baldige Besserung. „Mögen nur die Leute aus dem Posenischen zu uns kommen, sie werden bald Ordnung machen“, sagte mir ein Kaufmann und ein gerade anwesender Zollbeamter fügte hinzu: „Vielleicht wird es auch uns selbst inzwischen gelingen, eine Gesundung durchzuführen.“

Und diese Gefundung ist sehr notwendig. Der Schleichhandel verbreitet sich im großen Maßstabe und in manchen Ämtern herrscht das Bestechungswesen. Wo man aber nur von solchen Angelegenheiten gehört hat, dort war immer ein Jude im Spiel, oder eine ganze Bande Juden.

Aber vor allem die Armee, sie ist noch nicht genügend bekleidet, sowie mit Waffen und Munition versehen. Der Geist aber, der darin herrscht ist ausgezeichnet. Einer der Offiziere erzählt, daß noch kein Beispiel einer Gehorsamsverweigerung vorgekommen sei. Obgleich die bolschewistische Agitation mittels Flugblätter in die Reihen der Soldaten dringen will, haben ihre Bemühungen gar keinen Erfolg. Der Soldat ist stolz über seine Siege, die er eben erst bei Lemberg und Wilna errungen hat.

Gallor wird zu einem großen Nationalhelden. Er ist in jedermanns Munde. Dafür verliert aber Piłsudski an Sympathie ungeachtet seiner letzten Kriegserfolge. . . .

Inzwischen flieht man auch schon in der Administration immer bessere Aspirationen. Man beginnt den Kampf mit dem Schleichhandel. In den letzten Tagen wurden Revisionen der Läden und jüdischen Lager veranstaltet und eine Menge Lebensmittel, Tuch, Tabak, Leder usw. beschlagnahmt. Die abgenommenen Waren sind sofort dem Militär zur Verfügung gestellt worden.

Sie essen ganz weißes Brot aus Weizenmehl. Von Zeit zu Zeit kommt auch Speck und amerikanisches Schmalz an. Jetzt erhofft man den Transport guten und billigen Schuhwerks aus Amerika.

Alle leben in Erwartung großer historischer Ereignisse. Sie wissen, daß dem Volke eine schwere vieljährige Arbeit bevorsteht, man hört aber überall nur das eine: „Wir werden durchhalten.“

„Gazeta Poznańska“ (Posen) Nr. 108 vom 11. Mai.

**Deutschland vor der Entscheidung.** Was uns betrifft, so sind wir der Ansicht, daß die Ostgrenzen Deutschlands zwar ungerecht sind, aber nicht für Deutschland, sondern für Polen. Der Friedensvertrag nimmt uns nämlich solche Kreise ab, in denen wir noch zeh-

tausende von Landsleuten, reinpolnische Dörfer und Kreise haben, die historisch immer zu Polen gehörten. Weiter müssen in Schlesien, welches sich immer polnisch fühlt, bei den Deutschen noch solche Kreise verbleiben wie der Sztzower und der Namyslower. Keine Trauer sollten die Deutschen also verfügen, sondern sie sollten sich freuen, daß sie nach diesem verbrecherischen Krieg, welchen sie mit ihrem „heruntergeworfenen“ Wilhelm an der Spitze entfacht haben, von der Hand der Gerechtigkeit nicht so getroffen werden, wie es sein müßte. In Deutschland melden sich verschiedene Stimmen. Was die Deutschen machen werden, ob sie mit den Friedensbedingungen einverstanden sein werden oder nicht, ist noch nicht bekannt. Wenn sie aber gleich den biblischen ausgestoßenen Engeln von Aufgeblasenheit und Trotz aufgehezt sich aufwiegeln sollten — so würde das vielleicht für uns nicht schlecht sein. Denn dann würde man auch bei uns Schwerter und Bajonette finden, um die gegen die neu entstehende Ordnung der Welt aufgewiegelt zu zäumen, und würde instande sein auch diejenigen Landesteile aus dem preußischen Joch zu erlösen, welche die Friedenskonferenz noch außerhalb der festgesetzten polnischen Grenzen läßt.

„Gazeta Poznańska“ (Posen) Nr. 111 vom 15. Mai 1919.

**Das „Wohllwollen“ der Entente für Polen.** Wer in den den Deutschen diktierten Friedensbedingungen irgendwelches besondere Wohllwollen der Entente für das mit ihr verbündete Polen sehen will, würde es umsonst suchen. Wir schrieben schon von dem Unrecht, welches großen Gebieten unserer Westmarken zugesügt wurde, worin wir eher ein Wohllwollen für — den geschlagenen deutschen Feind sehen müssen. Daselbe betrifft die Weichselmündung, Danzig, den Teil Polens, um welchen es jedem Polen am meisten ging.

Man hat dort nicht eine „freie Stadt“, sondern einen ganzen freien Staat gebildet, in dem das Deutschtum unteilbar regieren wird. Diese Angelegenheit bespricht Herr Ch. im Krakauer „Głos Narodu“ und sagt u. a. folgendes: Könnten die Richter der Entente

uns dieses für uns unschätzbare Stückchen Erde nicht abgeben, welches doch seit 1000 Jahren uns gehört, welches der preußische Wandit uns gestohlen und dessen einheimische Bevölkerung er ausgerottet und national vergewaltigt oder nach seinen rheinischen Bergwerken und Fabriken hinausgetrieben hat! Um eine Handvoll Deutscher, von denen die Hälfte slavische Namen trägt, — die sichtbaren Spuren polnischer Herkunft — rächt der polnischen Macht zu übergeben, hat man das Interesse eines 25 Millionen zählenden Volkes geopfert . . .

Warum hat man also das Interesse des Feindes höher gestellt als das unsrige? Wo ist die Freundschaft für Polen? Was könnte die Entente, indem sie den preußischen Imperialismus liquidierte, im Verhältnis zu uns noch weniger tun, ohne die Schlagworte dem Spotte auszuliefern, welche vier Jahre lang von den großen Männern der Entente ausgesprochen wurden? Wir können doch nicht darum beerdigt werden wie zuzeiten Katharinas in diesem Europa, welches von Wilson verwaltet wird. Wir beginnen ein neues Staatsleben unter folgenden Bedingungen: Die Weichsel wird im wichtigsten Teil ihres Laufes nicht über polnisches Territorium fließen, denn auf ihr rechtes Ufer wird sich Preußen stützen und ihre Mündung wird überhaupt außerhalb des Umfanges unserer Staatsgrenzen liegen. Das Recht des freien Gebrauches der Weichsel seitens der Deutschen aus Ostpreußen bildet auf dieser polnischen Arterie ein Kondominium mit dem Feind. An der Mündung in die Ostsee pflanzt sich an der wichtigsten oder besser einzig und allein für uns wichtigen Stelle der Danziger Staat auf, der faktisch für Polen unabhängig ist und von den Deutschen regiert wird. Durch einen schmalen polnischen Korridor, welcher nach Puzig führt, haben die Preußen linker- und die Preußen rechterseits internationales freies „Transitum“ wie im eigenen Hause. Das genügt, um sich als — Bundesgenosse der siegreichen Entente zu fühlen.

Wir erwarten, daß der Kongreß Polen einen Rahmen für die Arbeit geben wird. Wir haben eine Plattform zum kämpfen erobert. Denn wir werden kämpfen um

den tatsächlichen Austritt ins Meer, wie zuzeiten der polnischen Könige, bis wir siegen.

„Gazeta Torunska“ (Thorn) Nr. 103 vom 15. Mai.

**In Sachen der Fußwanderungen.** Seine Exzellenz der Erzbischof und Metropolit hat aus dem Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege folgenden Aufruf erhalten:

„Seit dem Zurücktreten der Okkupationsbehörden im Süden und Osten unseres Landes verbreiten sich die Epidemien in diesen Gegenden infolge furchtbarer Lebensmittels- und sanitären Verhältnisse in schrecklichster Weise. Die Ländereien am Bug sind vom Flecktyphus heimgesucht. In manchen Orten verfallen bis 50 Prozent der Bevölkerung dieser Krankheit, es sind auch schon bereits die Pocken erschienen, im Sommer ist die Ruhr, vielleicht auch die Cholera zu erwarten.“

Das Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege, in Sorge für das Wohlergehen des ganzen Landes, macht alle möglichen Anstrengungen, um die Epidemie zu lokalisieren und sie durch Reisende nicht übertragen zu lassen nach Bezirken, welche noch nicht so stark ergriffen worden sind.

Angeichts des bevorstehenden Frühlings, wenn ein allgemeiner Verkehr der Fußwanderer nach der Jasna Gora beginnt, der seitens der Okkupanten 4 Jahre lang unterdrückt wurde, droht dem Lande eine furchtbare Gefahr der Verbreitung dieser erschreckenden Krankheit bis zum Umfange der mittelalterlichen Epidemien.

Um möglichst gute sanitäre Zustände für die Fußwanderer zu schaffen, wird in Czestochau auf Veranlassung des Ministeriums für öffentliche Gesundheitspflege und unter Mitwirkung des Priors von Jasna Gora ein Komitee zum Schutze der Wanderer errichtet. Das Ministerium hofft, daß im nächsten Jahre die Fußwanderungen ohne Befürchtung massenweiser Übertragung der Epidemie werden stattfinden können.

Es wäre erwünscht, daß auch die Feier des Jubiläumsjahres auf der Jasna Gora bis zu diesem Zeitpunkte verlegt werde.

Am 21. März d. J. fand in Czestochau eine Sitzung der Vertreter der Geistlichkeit

mit dem Weibschhof und mit dem Prior an der Spitze sowie unter Anteilnahme der medizinischen Gesellschaft, der Kreis- und städtischen Behörden und wichtiger Vertreter der Gesellschaft, statt ein Komitee zum Schutze der Fußwanderer zu wählen. Die Versammelten faßten einstimmig folgenden Beschluß:

„Angesichts der kläglichen sanitären Zustände im Lande, sowie angesichts der herrschenden Flecktyphusepidemie und vor- ausichtlich eintretenden Cholera- und Ruhr- epidemie ist die Geistlichkeit zu bitten, nach Verständigung mit dem Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege eine möglichst umfangreiche Aktion vorzunehmen, um die Fußwanderungen in diesem Jahre einzustellen.“

Weiter teilt die Zeitung mit, daß der Erzbischof mit Rücksicht auf diese vorstehende Mitteilung des Ministeriums allen Geistlichen anbefohlen habe, sich an die Wünsche des Ministeriums zu halten.

„Geniec Wielkopolski“ (Posen) Nr. 110 vom 14. Mai.

**Der polnische Seehandel.** Der „Dziennik Zwieskowy“, welcher in Chicago erscheint, berichtet, daß in New-York eine „Gesellschaft zur Anbahnung polnischer Schifffahrt“ gegründet worden sei, und zwar mit einem Grundkapital von 3 Millionen Dollar sowie mit einem Aktientkapital von 25 Millionen Dollar.

**Die Zusammenstellung des polnischen Landtages.** Im polnischen Landtage sind die Sitze folgendermaßen verteilt: 129 Landwirte, 18 Arbeiter, 14 Handwerker, 14 Gutbesitzer, 16 Publizisten, Schriftsteller und Journalisten, 17 Beamte, 9 Kaufleute und Industrielle, 6 Ärzte, 10 Ingenieure, 28 Geistliche, 27 Juristen, 10 Professoren, 19 Mittelschullehrer, 6 Volksschullehrer, 14 freie Berufe. Zusammen 333 Abgeordnete.

## 2. Ausländische Presse

Der „Daily Mail“-Korrespondent Williams sendet seinem Blatt einen umfangreichen Be-

richt aus Beuthen in Oberschlesien, in dem er seine Feststellungen an Ort und Stelle zu folgenden drei Punkten präzisiert:

1. Die volle Erkenntnis der Friedensbedingungen hat das Nationalgefühl einigermaßen geweckt; das allgemeine nationale Empfinden des heutigen Tages ist durchaus gegen den Versailler Frieden gerichtet.

2. Deutschland findet nur langsam Männer, auf die es sich verlassen kann.

3. Schlesien, mindestens aber Oberschlesien würde die Aufnahme des Kampfes einer freiwilligen Unterwerfung unter fremde Herrschaft vorziehen.

Es ist eine weltentlegene Ecke, sagt der Korrespondent, fügt aber hinzu, daß diese verborgene Ecke bald das Sturmzentrum des Weltfriedens werden dürfte. Schon verschiedene epochemachende Ereignisse der Geschichte Preußens haben dort begonnen. Der Korrespondent beschreibt dann eine Parade des preußischen Militärs, die er von seinem Balkon aus beobachtet hat. Er erwähnt dabei den einarmigen General Hofer, der den ersten Gegenangriff gegen die Engländer bei Cambrai geführt hat und schildert die diesem General bereiteten Ovationen. Dann gibt der Korrespondent eine Charakteristik des jetzigen Oberkommissars von Oberschlesien Otto Hörning, den er als den Noske jener Gegend bezeichnet. Hörning reise mehrere Male in der Woche in einem Wagen dritter Klasse im überfüllten Abteil nach Berlin, um der Regierung seine Vorschläge zu unterbreiten. Hörning hat eine Armee organisiert und General Hofer an deren Spitze gesetzt. Fürst Händel v. Donnerstern, einer der großen Namen des alten Regimes, arbeitet unter ihm, und nimmt seine Befehle in Empfang. Er steht jetzt in engem Kontakt mit den Kommissaren von Posen und Westpreußen. Diese Leute sind Bureautraten alten Stils. Trotzdem werden sie aber schließlich doch Hörnings Plänen und Befehlen bereitwillig Folge leisten.

(„Kreuztg.“ v. 21. Mai Nr. 245.)